



## Verwaltungsstandpunkt zur Petition-Nr. VIII-P-00380-VSP-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:  
**Dezernat Kultur**

Stammbaum:  
VIII-P-00380 Natürliche Person  
VIII-P-00380-VSP-01 Dezernat Kultur

Betreff:  
**Keine überzogene Ehrung für Carl Friedrich Goerdeler**

### Beratung im Gremium (Änderungen vorbehalten)

DB OBM - Vorabstimmung  
Dienstberatung des Oberbürgermeisters  
Petitionsausschuss  
Ratsversammlung

### Voraussichtlicher Sitzungstermin

### Zuständigkeit

Vorberatung  
Bestätigung  
1. Lesung  
Beschlussfassung

Vorschlag der Verwaltung: **Ablehnung**

## Beschlussvorschlag

Die Petition wird abgelehnt.

## Räumlicher Bezug

gesamtes Stadtgebiet

## Zusammenfassung

Mit der Petition wird der unverzügliche Abbau des Goerdelerdenkmals durch die Stadt Leipzig gefordert.

### I. Begründung Nichtöffentlichkeit

Es handelt sich um eine öffentliche Vorlage.

### II. Sachverhalt

#### 1. Begründung des Vorschlags

Die kritische Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe der Stadt und insbesondere der Epoche des Nationalsozialismus ist eine selbstverständliche und mit großem Engagement wahrgenommene Aufgabe der Stadtverwaltung und ihrer im Bereich Erinnerungskultur tätigen Institutionen. Insofern widersprechen „überzogene Ehrungen“ jedweder Art der Intention der Konzeptes Erinnerungskultur und der gelebten Geschichtspolitik der Leipziger städtischen Akteure.

Dies gilt auch für die Person und das Wirken Carl Friedrich Goerdelers, dessen mutiges Eingebundensein in die Opposition ab etwa 1937 und dann im Umfeld des 20. Juli 1944

ebenso gewertschätzt wird, wie seine Tätigkeit als Oberbürgermeister und Reichspreiskommissar von 1930 bis 1936 eine differenzierte Wahrnehmung verdient und erfordert. Wie bereits im Verwaltungsstandpunkt zum in der Petition dezidiert genannten entsprechenden Antrag des Jugendparlamentes VII-A-09544 niedergelegt wurde, kann die hier erneut geforderte Entfernung des Goerdeler-Denkmal unter keinen Umständen in Betracht kommen, da Goerdeler an dieser Stelle als vom NS-Regime verfolgter und ermordeter Oppositioneller geehrt wird, dessen schwer errungene Gewissensentscheidung ausdrücklich als Maßstab für heute nicht nur im Neuen Rathaus Tätige dienen soll. Das Denkmal ist also in seiner Aussage und Platzierung als so gelungen anzusehen, dass eine Entfernung oder selbst Veränderung keineswegs angezeigt erscheint, zumal ein in dieser Weise demonstratives Vorgehen gegen einen in Opposition zum Faschismus ermordeten Kommunalpolitiker in der gegenwärtigen Situation völlig kontraproduktiv und fahrlässig wäre. Zudem ist die von der Petition vorgenommene Einordnung Goerdelers als eines „faschistoiden Politikers“ fachlich unzutreffend, und in der Begrifflichkeit ebenso unhistorisch wie ehrverletzend. Auch konnte die Forschung gerade hinsichtlich der aufgerufenen vermeintlich „antisemitischen und antijüdischen Gedanken“ zeigen, daß Goerdeler hier nicht einschlägig schuldhaft agierte und sich seine aus Denkschriften und belegten Handlungen (etwa im Umfeld der wilden SA-Exzesse 1933) rekonstruierbare Position sehr deutlich vom nationalsozialistischen Entrechtungs- und Vernichtungsfuror der Nationalsozialisten absetzte.

Davon und damit vom Anliegen des Goerdeler-Denkmal zu trennen ist die nachträgliche Bewertung von Goerdelers Agieren als Leipziger Oberbürgermeister in der Zeit des Demokratieabbaus in den letzten Jahren der Weimarer Republik und der frühen Phase der NS-Diktatur zwischen 1930 und seinem Rücktritt 1936. Hierzu dürfen und müssen bei allem Respekt für Goerdelers späteres Opfer durchaus kritische Fragen gestellt werden, die ja nicht zuletzt seinen langen Weg hin zu einer aktiven Oppositionsrolle überhaupt erst verständlich, plausibel und somit auch respektabel machen. Dass es Goerdeler eben nicht gelang, das Abgleiten der von ihm vertretenen konservativ-autoritären Gesellschaftsvorstellung und Austeritätspolitik in eine nach innen und außen entgrenzte Diktatur zu verhindern, hat ihn selbst später erkennbar belastet und sollte bei einer Betrachtung seines „Ausharrens“ nach dem 30. Januar 1933 künftig intensiver mit betrachtet werden. Eine stärker auch nach anderen Positionen und Protagonisten fragende Erinnerungskultur könnte zudem dabei helfen, die zumindest in der Außenwahrnehmung womöglich allzu stark auf Goerdeler konzentrierte Leipziger Widerstandszählung ein Stück weit zu öffnen und zu verbreitern. Die im Zuge eines Rechercheauftrages momentan in Vorbereitung befindliche Konkretisierung der Erinnerung an ab 1933 entrechtete und verfolgte Stadträte könnte dazu ein erster Schritt sein. Nicht Denkmalsstürze, sondern weiträumigere Forschungen und pluralere Erinnerungsnarrative sind der angemessene Weg, alle am so vielgestaltigen Widerstand gegen das Hitlerregime Beteiligten angemessen zu ehren.

## **2. Sachstandsbericht**

entfällt

## **3. Zeitplan**

entfällt

Anlage/n

Keine